

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-298. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstg. 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amerikas Bedingungen.

Erklärung des Sachverständigen Owen Young.

Paris, 18. Juli (Eca.) Der Mitarbeiter des „Matin“, Sauerwein, hatte eine Unterhaltung mit dem amerikanischen Vertreter Owen Young. Dieser erklärte: Damit ein amerikanischer Bürger sich bereit erklärt, einen Teil seiner Erparnisse in der 800-Millionen-Anleihe anzulegen, sind noch mehr Meinungen

drei Voraussetzungen

notwendig:

1. Einigung mit Deutschland. Man verleiht kein Geld, wenn nur die Gewalt diese Anleihe garantiert. Damit ein Land wie Deutschland seinen Verpflichtungen gegenüber den Darlehensgebern nachkomme, ist es notwendig, daß es den Kontrakt angenommen hat.

2. Ist es notwendig, daß man die Sicherheit hat, daß die allgemeine Wirtschaft des Landes, das die Anleihe aufnimmt, nicht durch unvorhergesehene oder ungerechtfertigte äußere Interventionen gestört werde. Man bedarf einer Garantie für die Ruhe.

3. Ist es notwendig, daß in keinem Falle die Einkünfte, die zur Zins- und Amortisationszahlung der Anleihe bestimmt sind, ihrer Bestimmung durch Beschlagnahme durch eine fremde Macht entzogen werden können. Praktisch gesehen scheint die Zuziehung eines amerikanischen Mitgliedes in die Reparationskommission notwendig, um eine etwaige Nichterfüllung Deutschlands festzustellen. Die Gewährung von Darlehen habe nur wert, wenn Sanktionen im gemeinsamen Interesse der Gläubiger ergriffen werden. Außerdem sei es notwendig, daß die Alliierten, bevor sie auseinandergingen, in ihre Protokolle das Versprechen aufnehmen, daß selbst bei gemeinsamen und berechtigten Sanktionen die Pfänder der Anleihe respektiert werden sollten. Unter diesen Bedingungen und ohne daß ich im Namen der Bankleute spreche, bin ich der Ansicht, daß hierdurch große Fortschritte gemacht werden würden, um den Forderungen entgegenzukommen.

Auf die Frage Sauerweins, ob es wahr sei, daß die Sachverständigen die

Transferierung bedeutender Geldsummen für unmöglich

hielten, antwortete Young: „Niemand kann hierüber etwas sagen! (No living man can tell.) Es ist dies ein Problem, das nur die Erfahrung lösen kann. Vom ersten Tage an hat sich unserm Abgeordneten im Sachverständigenausschuß die Bedeutung dieser Frage aufgedrängt. Vielleicht könnte in einer normalen Währungsfrage die Transferierung durchgeführt werden. Jedemfalls wird Frankreich mit ein wenig Erfindungsgabe und Talent sicherlich das Mittel finden, die Guthaben, die es in Deutschland an Goldmark auf Grund der Reparationszahlungen besitzt, auszunutzen. Wenn z. B. große Barzahlungen auf Grund der Währungsstufe unmöglich seien, so würde Frankreich doch vielleicht ein gutes Geschäft machen können, indem es in Deutschland mit den Markbeständen, die es besitzt, die notwendigen Maschinen zur Elektrifizierung des Rhonetales kauft. Diese Arbeiten würden dem französischen Staat nichts kosten und er könnte hieraus Gewinne in Franken ziehen durch Bildung von Aktiengesellschaften. Es heißt, daß die Belgier dieses Zahlungsmittel sehr gut zu gebrauchen verstehen würden, und daß sie sich im Falle, daß es ihnen unmöglich wäre, Bargeld zu erhalten, durchaus bereit erklären würden, Eisenbahnmateriale zum Bau neuer Linien im Konto abzunehmen.“

Wir haben niemals den Gedanken gehabt, Frankreich die Mittel zu nehmen, seine Rechte und Sicherheiten zu wahren; das Reparationsproblem kann technisch gelöst werden, ohne die Interessen Frankreichs zu schädigen. Aber wenn es hier nicht gelöst wird, wenn diese Konferenz sich in Formeln und Mißverständnissen hingiert, dann steht Europa einer drohenden Katastrophe gegenüber. Mark und Franken und auch die übrigen europäischen Währungen, bis zu einem gewissen Grade auch das Pfund Sterling, würden unter einer sehr schweren Entwertung leiden. Deshalb muß man zu einem Resultat kommen, und zwar hier. Ich bin in dessen optimistisch bezüglich der Resultate der Konferenz, denn man findet bei allem den Beweis eines ernststen Willens, die Probleme zu lösen. Ich kann nicht glauben, daß

die ausgezeichnete Stimmung und die ernsthaften Absichten der Delegationen im Verlaufe einer Konferenz von dieser Bedeutung durch Mißverständnisse zunichte gemacht werden könnten.

Die Liquidierung der Ruhrbesetzung offen erörtert.

London, 18. Juli. (W.B.) Die für gestern angelegte Sitzung des zweiten Konferenzausschusses, in der das sogenannte Seydoux-Memorandum über die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes erörtert werden sollte, wurde, wie bereits gemeldet, auf heute verschoben, einmal wegen der Notwendigkeit, den Mitgliedern dieser Kommission, die gleichzeitig der ersten oder dritten angehören, zu ermöglichen, an den Sitzungen der letzteren teilzunehmen, in der Hauptsache aber weil die zu behandelnde Frage zwischen den französischen und belgischen Wirtschafts- und Militärachverständigen noch weiter erörtert werden sollte. Auch Sir Cyril Cross hatte mit Seydoux ebenfalls eine Besprechung. Der wichtigste Streitpunkt ist, sagt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hierzu, daß die Engländer ein Datum — wovon möglichst den 15. August — für die Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes festsetzen, während die Franzosen in Etappen vorgehen und sich nicht an bestimmte Zeitpunkte, sondern an bestimmte Ereignisse binden wollen. Im übrigen ist aber das Verlangen nach „Liquidierung“ des Ruhrunternehmens jetzt offen zur Erörterung zugelassen worden. Man tritt dafür ein, daß es Zeit sei, von einem Kriegszustand, wie ihn die Ruhrbesetzung tatsächlich bedeute, zu dem Friedenszustand, wie er

im Dawes-Bericht gefordert werde, zu gelangen. Die Alliierten geben auch zu, daß die voraussichtlichen Darlehensgeber das Recht hätten, Garantien zu fordern, damit das Haus, in dem sie ihr Geld anlegen, nicht zerstört werde.

Sanktionsbesprechung beim Frühstück.

London, 18. Juli. (W.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Wenn auch gestern keine Plenarsitzung der Konferenz stattfand, hat Premierminister MacDonald doch bei dem von ihm gegebenen Frühstück mit Herriot und Tcheunis u. a. die Fragen eines deutschen Verzuges und der dann zu treffenden Sanktionen offen erörtert.

Paris, 18. Juli. (W.B.) Ein französisch-belgischer Plan zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit wird heute dem zweiten Konferenzausschuß vorgelegt werden. Dieser Plan steht nach dem „Echo de Paris“ sehr zahlreiche und ziemlich lange Etappen vor. Die Belgier schlagen vor, daß die Entscheidung der Reparationskommission hinsichtlich der Blockierung der Anleihe abgeändert werde. Nach ihrer Ansicht müßte es genügen, wenn die englischen, amerikanischen und auch andere Bankiers die Verpflichtung übernahmen, die Anleihe unterzubringen.

Eine Kompromißformel Amerikas in der Sanktionsfrage?

Paris, 18. Juli. (Eca.) Der „Matin“ erzählt aus London, daß der amerikanische Delegierte Oberst Logan eine Kompromißformel in der Frage der Verzögerungen und Sanktionen gefunden habe, die vom französischen Standpunkt aus als annehmbar angesehen werde.

Vermehrte Erfolgsaussichten.

London, 18. Juli. (W.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ glaubt, daß sich die Aussichten auf eine erfolgreiche Beendigung der Konferenz gestern beträchtlich vermehrt hätten. Nicht ein einziger der Delegierten teile den pessimismus, den gewisse auf Sensationen bedachte Pariser Blätter zur Schau tragen.

Die Dominions zu den Plenarsitzungen zugelassen.

London, 18. Juli. (W.B.) Keuter zufolge ist eine Regelung getroffen worden, nach der bei den folgenden Plenarsitzungen der Konferenz die Vertreter der Dominions anwesend sein werden. Man nimmt an, daß die Konferenz nicht länger als zehn Tage dauern wird.

Die Münchener Infanterieschule.

München, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Infanterieschule in München, deren Zöglinge sich bekanntlich aktiv am Hitlerputsch beteiligt haben, ist nunmehr endgültig von München nach Dresden verlegt worden. Dies erzählt man aus einer Antwort der bayerischen Regierung auf eine kurze Anfrage im Landtag. Diese Antwort besagt, daß das Reichskabinett seinen Beschluß über die Verlegung der Schule bereits am 5. Juni gefaßt hat, die bayerische Regierung aber erst auf schriftliche Vorstellung am 18. Juni vom Chef des Reichsheeres davon unterrichtet worden ist. Da die früheren in dieser Angelegenheit vorgebrachten Wünsche Bayerns in Berlin nicht berücksichtigt wurden, hat die bayerische Vertretung im Reichsrat den Auftrag erhalten, gegen die Bewilligung der finanziellen Mittel zu stimmen, die für die Verlegung der Infanterieschule erst noch genehmigt werden müssen.

Landesverrat.

Der von der französischen Besatzungsbehörde des Ruhrgebietes in Düsseldorf herausgegebene „Nachrichtendienst“ nimmt in seiner letzten Nummer Stellung zu einem Gerichtsurteil, das „Der Stahlhelm“, das Organ des rechtsradikalen „Bundes der Frontsoldaten“, Anfang Juni veröffentlichte. Aus diesem Urteil, das „Der Stahlhelm“ aller Welt zugänglich machen zu müssen glaubte, konnte jeder entnehmen, daß zwischen der Reichswehr und dem „Jungdeutschen Orden“ enge Beziehungen bestehen bzw. bestanden haben. Davon nimmt der französische Pressedienst denn auch mit großem Schmutzeln Kenntnis:

„Man muß dem deutschen Amtsgericht Dank wissen, daß es durch sein Urteil bestätigt hat, 1. die Tatsache, daß im Oktober 1923 an Mitglieder des Jungdeutschen Ordens Gestaltungsbescheide erteilt wurden; 2. daß die Gestaltungsbescheide nicht von der Reichswehr, sondern von der schwarzen Reichswehr ausgegangen sind und 3. daß die Reichswehr die von der schwarzen Reichswehr mobilisierten jungen Leute in ihre eigenen Formationen eingereiht hat, obwohl nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages nur solche Leute in die Reichswehr aufgenommen werden dürfen, die sich auf die Dauer von zwölf Jahren verpflichten. Damit wird zugleich bestätigt, was in der französischen Presse in den letzten Tagen über militärische Vorbereitungen Deutschlands geschrieben wurde und was von der deutschen Presse als „Heh- und Lügenpropaganda“ bezeichnet wurde.“

Wir selbst sind jetzt nur darauf gespannt, wo und wann sich der Staatsanwalt findet, der nun auch in diesem Falle das in letzter Zeit so beliebt gewordene Verfahren wegen Landesverrat einleitet. Denn hier handelt es sich um eine Verfassungsverletzung, die wirklich alle Merkmale jenes konstruierten militärischen Landesverrates trägt, wie wir ihn in den Anklagen gegen linksstehende Presseorgane in jüngster Zeit erlebt haben. Oder sollten doch nur linksstehende Journalisten des Landesverrats fähig sein?

Hungernde als Almosenspender.

Von Paul Nathan.

Daß Hungernde Almosenempfänger sind, gehört zu den Alltäglichkeiten in unserem, dem Sebeal so fernem sozialen Leben. Daß Hungernde Almosenspender sind, ist nicht ein Druckfehler; es ist das letzte Ziel des Herrn Ministers R a n i h, und es war immer das Heilmittel, das die agrarisch-reaktionären Kreise empfahlen und forderten, wenn sie ihre Einnahmen aus landwirtschaftlichen Betrieben erhöhen wollten. Solche Erhöhung lag ihnen erklärlicherweise immer am Herzen; das ist menschlich begreiflich in der heutigen Welt.

In diesem Augenblick um so begreiflicher, da der Betrieb der Landwirtschaft zurzeit von einer Krise ernst bedrückt ist. Das muß zugegeben werden. Es fragt sich nur, welcher Art ist das Heilmittel?

Minister Ranih schlägt bekanntlich ein Mittel vor, das auf Originalität keinen Anspruch macht, sondern seit dem demütigen Jahr 1878 in Deutschland stets und ständig in Anwendung gebracht worden ist; das als Universalmittel des Agrariertums bezeichnet werden kann.

Da Deutschland auf die Zufuhr ausländischen Getreides angewiesen ist, so erhöhen wir die Getreidezölle, und der Preis des inländischen Getreides wird alsdann steigen auf den Preis des ausländischen Getreides zuzüglich Zoll und Transportkosten und weiteren Spesen. Das ist ein volkswirtschaftlicher Vorgang, der sich mit der Selbstverständlichkeit eines Naturgesetzes abspielt, und der von den Agrariern mit der Selbstverständlichkeit des politischen Selbsterhaltungstriebes zu verschleiern versucht wird.

Getreide ist ein Welt handelsartikel; es hat einen Welt handelspreis, und wenn ein Volk sich durch Getreidezölle absperrt, so flieht ihm Getreide nur zu, wenn es sich dem Welt handelspreis unterwirft und die Kosten für den Import in sein Land, also auch die Zollgebühren selbst trägt. Dieser Vorgang kann durch Zwischenwirkungen verdunkelt sein; vorhanden ist er, wie das Gesetz der Schwere, von dem es auf dieser Erde Ausnahmen nicht gibt.

Dieses Gesetz der nationalökonomischen Schwere interpretiert Minister Ranih natürlich auf seine Weise, und er behauptet nicht weniger, als daß es möglich ist, den Agrariern mehr Geld für ihr Getreide zuzuführen, ohne dieses Geld doch im wesentlichen aus deutschen Taschen zu nehmen. Die Amerikaner, und wer sonst uns Getreide liefern wird, werden nämlich die Güte haben, den deutschen Agrariern ein Geschenk in ihrer bekannten ausländischen Freigebigkeit zu übermitteln; so beschaffen sind einmal die Agrarier — jenseits der Grenze.

Alle diese Behauptungen sind in Deutschland seit länger als vierzig Jahren aufgestellt, widerlegt und wieder aufgestellt worden; sie sind so langlebig wie die widerstandsfähigsten Krankheitserreger.

Sozialpolitisch am wichtigsten ist die Frage: Sind Getreidezölle nun tatsächlich ein Heilmittel für die Schmerzen der Agrarier, und welche deutsche Bevölkerungsschicht hat vor allem die Kosten für die Beschaffung dieses Heilmittels zu tragen? Fragen, die gleichfalls längst und endgültig gelöst sind.

Für den Augenblick bringen Getreidezölle unter Umständen den Agrariern eine Erleichterung; aber doch nur für eine begrenzte Zeit. Ergibt sich nämlich, was angestrebt wird, daß durch die Getreidezölle der Verkaufspreis für deutsches Getreide sich erhöht, so steigen damit gewiß die Einnahmen der Getreideproduzenten, aber es steigen zugleich die Güterpreise; denn der Preis für Grund und Boden ist abhängig von dem Ertrag, der aus ihm herausgewirtschaftet werden kann. Ist dieser Ertrag künstlich durch Zölle hinaufgeschraubt, so werden auch die Güterpreise hinaufgeschraubt, und sobald dann durch Erbgang oder durch Verkauf das Land verteuert in neue Hände übergeht, ist der neue Besitzer des verteuerten Landes in einer ähnlichen Notlage wie sein Vorgänger vor Einführung der Zölle. Der hohe Preis für das Land macht den Nutzen des Getreidezolles illusorisch, und daher die Erleichterung, daß jeder derartige Zoll immer nur eine zeitlich begrenzte Wirkung ausüben kann, und daß jeder Getreidezoll naturnotwendig dazu führt, in gegebener Zeit den Schrei nach höheren Getreidezöllen auszulösen. Auf diese gefährliche abschüssige Bahn führt die Ranihsche Vorlage.

Aber nicht einmal der Gesamtheit der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung kommen die Getreidezölle zugute. Sie können natürlich nur jenen zugute kommen, die Getreide zu verkaufen in der Lage sind. Besseren Landbesitz so klein ist, daß er zu seinem Unterhalt Getreide oder Mehl kaufen muß zur Brotbereitung, der ist so übel dran, wie die städtische Bevölkerung; wer als Ackerbauer nur soviel erntet, wie er selbst für seinen Unterhalt braucht, der hat von den Getreidezöllen keinen Nutzen, und nur den größeren Besitzern und in steigendem Maße den Großgrundbesitzern bringen die Getreidezölle für die Gegenwart Nutzen. Sozialpolitisch sind also Getreidezölle eine Veranstaltung, die das ländliche Proletariat belasten, die dem ländlichen kleinen Mittelstand nichts nützen und die steigend jenen Agrariern den größten Gewinn bringen, die über den größten Besitz an Getreideboden verfügen; mithin eine Wirtschaftspolitik zur Bereicherung der Wohlhabenden, der Reichen und Reichsten. Für eine demokratische Republik mit ausgedehntem Wahlrecht eine sinnige Politik!

Und endlich: aus welchen Quellen fließt die Bereicherung jener Land besitzenden Klassen? Wer zahlt die Zölle, um jenen

Kreise von Getreide produzierenden Grundbesitzern das Leben zu erleichtern?

Brot ist alle Welt; der Reiche wie der Wohlhabende, wie der Arme und Ärmste; freilich mit einem Unterschiede. Wenn es seine Mittel erlauben, der ist eine Speisefarte von vielen Gängen herunter, und das Brot spielt in seiner Ernährung nur eine ganz untergeordnete, so etwa die allerletzte Rolle; und wenn es seine Mittel nicht erlauben, dessen Speisefolge besteht aus Brot und nochmals aus Brot, und oftmals aus trockenem Brot, und daraus ergibt sich, daß die Wohlhabenden und die Reichen für die Not der agrarischen Getreideproduzenten in kleinem, in recht geringem Umfange spenden und daß die weniger Bemittelten und die Ärmsten zum besten der Getreide verkaufenden Landbesitzer die größten Opfer zu bringen haben; also eine Politik, von der man mit vollem Recht behaupten kann, daß sie die Ärmsten zwingt, die Getreide verkaufenden mit Almosen, die durch das Gesetz und durch den Hunger der Ärmsten fixiert sind, zu unterstützen. In einer modernen Demokratie eine erstaunliche Politik!

Können eine solche Politik die demokratischen Elemente des Zentrums und die Demokraten mitmachen, die ihre wirtschaftlichen Anschauungen auf Bamberger, auf Barth, auf Broemel, auf Forckenbeck zurückführen, der in der Ära der Bismarckschen Getreidezölle in dem Saale des Zoologischen Gartens dem Bürgertum zur Abwehr der Getreidezölle zuriefen: Auf die Schanzen, auf die Schanzen!

Und was wird der antisemitische Heerbann tun, diese Hilfstruppe der Reaktion, die in ihrer Firma das Wort „sozial“ führt, und die nun vor die Frage gestellt ist, ob sie ihre soziale Bestimmung in Anlehnung an das Agrarierum durch Verteuerung der ganz unentbehrlichen Lebensmittel betätigen will.

Und die Großindustrie, die weiß, daß Brotverteuerung schwere Lohnkämpfe nach sich zieht?

Diese gefährliche innere Lage scheut sich das Ministerium und der Herr Minister König nicht herauszubekennen, während in London die Demokratie des Westens über die internationale Zukunft Deutschlands das letzte Wort sprechen wollen.

D profunde Staatsweisheit!!

Es geht ihnen nicht schnell genug!

Die Agrarier fordern unterzüglichen Kampf.

Die Agrarier und ihre Presse haben behauptet, daß sie von der Schutzvorlage der Regierung überrascht worden wären. Das hat ihnen kein Mensch geglaubt. Nun finden sie, daß die Regierung ihre Geschäfte nicht mit der nötigen Eile besorgt. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwert sich darüber, daß die Zollvorlage der Regierung von der Tagesordnung der letzten Reichsratsitzung abgesetzt worden ist. Ginge es nach ihren Wünschen, so würde die Vorlage im Reichsrat durchgepeitscht, um dann, noch vor den Gutachtengesessen, im Reichstage möglichst im summarischen Verfahren durchgedrückt zu werden. Daran haben die Agrarier nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem auch ein politisches Interesse. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Gleichzeitig muß man die Stellungnahme des Zentrums in Preußen zur Hauszinssteuer beachten. Dort drohte infolge der Ablehnung der Hauszinssteuer durch das Zentrum die große Koalition aus dem Leim zu gehen. Der Antrag Herold auf Vertagung der Entscheidung hat die politische Krise einzuweisen noch einmal vermieden, aber dies auf Kosten der Landwirtschaft, die sich nun bis zum Herbst in der ewigen Beunruhigung darüber befindet, ob zu all den anderen Steuerlasten auch noch diese ungedrehteste aller Sondersteuern hinzutreten soll. Wie auf diese Weise die Landwirtschaft alle Kräfte für die Produktionsstätigkeit freimachen soll, ist absolut unerfindlich. Hält man alle die genannten Vorgänge zusammen, so ergibt sich das Bild, daß scheinbar auf dem Wege der Kautourstaktik und entgegen den Interessen der Landwirtschaft die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie über die brennendsten innerpolitischen

und wirtschaftlichen Fragen ad calendae graecas verschoben werden soll. Besteht man diese Taktik wirklich bis zum Ende durchzuführen, dann käme ein solches Verhalten einem Betrug gegenüber der Landwirtschaft gleich.“

Die Agrarier fordern also nicht nur die Durchpeitschung der Schutzvorlage, sondern den entschiedensten Kampf gegen die Sozialdemokratie! Das ist der Zweck der Liebung: die Schutzvorlage ist als Provokation der Sozialdemokratie gedacht, um den Kampf der Rechten auf der ganzen Linie einzuleiten. Das geht den Deutschnationalen nicht schnell genug. Sie möchten hinter diesem Kampf die außenpolitischen Fragen verschwinden lassen. Daher die Eile. Wie können sie es aber als „Betrug an der Landwirtschaft“ empfinden, wenn die Regierungsparteien, vor allem das Zentrum, nicht auf ihren Wunsch unzugänglich die Preußenkoalition sprengen und im Reich den Kampf gegen die Sozialdemokratie eröffnen, um den Regierungseintritt der Deutschnationalen vorzubereiten? Liegt denn ein Versprechen, ein Handel auf Gegenseitigkeit, ein Bündnisvertrag, der „die brennendsten innerpolitischen und wirtschaftlichen Fragen“ miteinander verquilt, vor?

„Völlig geschäftsumgewandt.“

Erzelenz von der Goltz meldet sich.

Es hat einige Zeit gedauert, aber immerhin, wir stellen mit Vergnügen fest, daß Seine Erzelenz, der Kommandierende General a. D. Freiherr von der Goltz, es doch für richtig gehalten hat, auf unsere Feststellungen über den „Luffahrdant-Standard“ zu reagieren. Er läßt uns durch seinen Anwalt Dr. Alsborg ein Schreiben zugehen. In diesem Schreiben wird an uns das Verlangen gestellt, wir sollten die Bezeichnung „Schurke“ zurücknehmen, und es wird allen Ernstes von uns angenommen, daß auch wir uns „dieser Notwendigkeit nicht verschließen werden“, wenn wir folgende Tatsachen des Falles berücksichtigen:

Jeder, der Erzelenz von der Goltz kennt und auch in die Verhältnisse der Luffahrdant G. m. b. H. und des Luffahrdant E. B. Einblick genommen hat, wird bestätigen, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß Erzelenz von der Goltz darauf ausgegangen, unter dem Deckmantel der Fürsorge für verunglückte Krieger oder ihrer Hinterbliebenen sich zu bereichern. Der Luffahrdant-Berein, für den Erzelenz von der Goltz als Präsident allein verantwortlich gemacht werden kann, hat seine Aufgaben unter strenger Kontrolle sachverständiger Persönlichkeiten solange Erzelenz von der Goltz an der Spitze stand, einwandfrei erfüllt. Kein Pfennig ist von den Geldern, die dem Verein zufließen, seinem Zweck entwendet worden. Die Luffahrdant G. m. b. H. ist dagegen von Luffarth, der als Geschäftsführer allein verantwortlich war, der als Kaufmann gegenüber dem

völlig geschäftsumgewandten General von der Goltz

keine Geschäftsführung völlig zu verschleiern verstand, allmählich für seine persönliche Bereicherung benutzt worden. Die Geschäfte, die die G. m. b. H. machte und von denen Freiherr v. d. Goltz erfuhr, konnten nicht beanstandet werden und sind mit voller Kenntnis der beteiligten Behörden, namentlich des Kriegsministeriums während der Kriegszeit abgeschlossen worden.

Große Gewinne ergaben sich hierbei aus einem Geschäft, das die G. m. b. H. im Auftrage des Kriegsministeriums über Wien mit Rumänien vermittelte,

und zwar zwecks Verpflegung des Feldheeres. Von diesen Geldern, die also aus dem Ausland gekommen sind und die nicht dem deutschen Volksoermögen oder gar Sammlungen entstammen,

hat Freiherr von der Goltz eine größere Summe als ihm zustehende Dividende erhalten.

Er hat unmittelbar darauf veranlaßt, daß die G. m. b. H. nichts mehr von ihrem Reingewinn erhielt und alles fernerhin an den Luffahrdant E. B. zu gemeinnützigen Zwecken abgeführt werden sollte. Nicht nur der Beschluß des Gerichts hat zu erkennen gegeben, daß Erzelenz von der Goltz keine Gemeinschaft mit den Verschürgten des Luffarth habe, sondern auch diejenige Person, die mit der Verfolgung der Sache betraut worden ist, hat ausdrücklich anerkannt, daß Erzelenz von der Goltz nicht der geringste Vorwurf zu machen sei, zumal da Luffarth mit seinen Veruntreuungen schon zu einer Zeit begonnen hat, als Erzelenz von der Goltz im Felde war.“

Soweit das Schreiben des Anwalts, das mir „aus Gründen der Loyalität“ und im eigenen Interesse in seinem entscheidenden Teile wörtlich zum Abdruck bringen. Niemand, der dieses Schreiben mit der früher veröffentlichten Berichtigung der Erzelenz und unseren eigenen Erklärungen vergleicht, wird erwarten können, daß auf Grund dieser neuen Angaben wir irgend etwas von dem zurücknehmen, was wir über diese Art von Geschäftstätigkeit oder — wie es der Anwalt euphemistisch ausdrückt — „völlige Geschäftsumgewandtheit“ gesagt haben. Der General von der Goltz hat sich mit dem Geschäftsführer Luffarth zusammen als alleiniger Gesellschafter an einem Unternehmen beteiligt, dessen Firma Wohltätigkeitscharakter bei Ureingeweihten vortäuschen mußte, das aber in Wirklichkeit ganz gewöhnlichen Schiebergeschäften diente, die sich von anderen Schiebergeschäften höchstens dadurch unterscheiden, daß sie „mit voller Kenntnis der beteiligten Behörden, namentlich des Kriegsministeriums, während der Kriegszeit abgeschlossen wurden“. Aus diesen Geschäften hat General von der Goltz eine größere Summe als ihm zustehende Dividende erhalten. Die staatsgemäßen Bestimmungen, daß der Reingewinn an den Luffahrdant E. B. abzuführen sei, ist nicht innegehalten worden. Der Anwalt des Herrn General legt Gewicht darauf, zu betonen, daß die kaiserliche Erzelenz a. D. nicht als „Schurke“ bezeichnet werden dürfe. Als Ausweg bleibt ihm nur die Ausrede übrig, daß der General „völlig geschäftsumgewandt“ gewesen sei. Es mag sein, daß diese Charakteristik zu Recht besteht. Was konnte dann einem kaiserlichen Kommandierenden General veranlassen, sich neben seinen doch beträchtlichen Bezügen an einer solchen Firma überhaupt zu beteiligen und „eine größere Summe als die ihm zustehende Dividende“ in Empfang zu nehmen? Wir haben dafür keine Erklärung, die sich mit dem offiziellen Ehrentitel in Einklang bringen läßt, und die Deffenlichkeit wird auch keine Erklärung haben. Die Deffenlichkeit wird es darum auch begreifen, wenn wir bei unserer Charakteristik bleiben.

Im übrigen interessiert ja bei der ganzen Angelegenheit viel weniger die Person des Freiherrn von der Goltz als das System. Geschäfte, die mit Genehmigung der Behörden „zwecks Verpflegung des Feldheeres“ im großen Umfang betrieben wurden und bedeutende Gewinne abwarfen, gehörten zweifellos zum ganzen System. Der Deckmantel der Wohltätigkeit verbat ein ganzes System von Beziehungen, Kombinationen und Zusammenhängen zwischen Behörden, hochgestellten Persönlichkeiten und geschäftstätigen Schieberkreaturen, das für alle Beteiligten Tantiemen, Dividenden und Reingewinne zur Genüge abwarf. Derweil hungerte und darbe das Volk. Die gleichen Kreise, die damals von seiner Not lebten, empfehlen sich jetzt von neuem als Retter. Ihre heuchlerisch-verlogene nationalitische Agitation verschleiern nur mühsam die Sehnsucht nach der Wiederkehr solch herrlicher Zeiten!

Thüringer Rückwärtskurs.

Massenweise Außergemeindungen.

Weimar, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Aufhebung der Verschmelzung von Gemeinden, die vom früheren Minister Hermann ausgesprochen worden war, beschäftigte den Thüringer Landtag in einer Sitzung von außerordentlicher Länge. Die umfangreiche Vorlage, deren Beratung am Donnerstag, vormittag 9 Uhr, begann, konnte bis Freitag morgen gegen 4 Uhr trotz der nur kurzen Pausen nicht verabschiedet werden. Da aber die Regierungsparteien und vor allem der Landbund die Außergemeindungen von über 300 Ortschaften vollzogen haben wollten, ging der Landtag nicht in Ferien, sondern setzte heute vormittag 10 Uhr seine Tagung fort. Die sozialdemokratische Fraktion brachte im Laufe der Beratungen in der Nacht zum Ausdruck, daß es ausgeschlossen sei, die Außergemeindungen in einer einzigen Sitzung zu erledigen und beantragte gegen Mitternacht Vertagung der Sitzung. Allein der Landbund war dagegen und so kam es, daß der Landtag sich erst gegen Morgen entschloß, eine neue Sitzung stattfinden zu lassen, da auch das Landtagspersonal nicht mehr recht in der Lage war, den Dienst zu tun.

Jasmin.

Erlebtes aus einem Frauengefängnis.

Von Käthe Lucie Günther.

Heiß brennt die Julisonne durch das hochgelegene Fenstergitter. In schwerer Drillich-„Uniform“ — das blauierte Halstuch in vorgezeichneten Falten fest um den Hals gelegt — hoch die junge Strafgefängene Hilde Bergedorf über dem Stützrahmen.

Sonnenweisse Spielen über den tief gebeugten Rücken. — Bunte Seidenfäden glühern auf. Blume um Blume erblüht. Erblüht zu leuchtendem Leben.

Der schwarzgewichene Asphaltboden glänzt — die getünchten Wände blenden in weißer Glut.

Lautlose, brütende Stille.

Hilde Bergedorf zählt die Stiche. Zählt die Schläge der Turmuhr, die ihrer Arbeit Richtung geben. Sie konzentriert ihre Gedanken auf das Pensum, das zwischen den Schlägen geschafft sein muß. Und betäubt so die Fragen ihrer Seele. Betäubt die Zeit — die Stunden, die Tage.

Aber die Nächte! Die endlos langen Nächte, die keinen Schlaf geben. Wo der Mond gespenstische Schatten über Wand und Asphaltboden wirft — wo sein grausam kaltes Licht alle Dinge so deutlich macht.

Mit wachen Sinnen horcht Hilde Bergedorf da auf die schlurfenden Schritte der Nachtwache — wartet sie auf das Auge, das revidierend durch den Spion spähen wird. Und zergrübelt ihr junges Hirn. Die Gedanken, die nicht durch Arbeit betäubt werden können, quälen — irren wild durcheinander — finden kein Ziel.

Die in verzweifelter Not begangene Tat — die gesetzmäßige Strafe dafür — verperrt alle Wege. Es gibt kein Zurück. Neue Wege suchen? Hilde Bergedorf läßt den Kopf sinken: sie hat keinen Mut mehr.

Zu viel liegt zerbrochen.

Jasmin.

Im Zellenbureau der Werkmeisterin steht ein weißblühender Zweig.

Die strafgefängenen Frauen werden zur Freistunde geführt. Bevor sie einzeln aus den Zellen herausgeschloffen sind, müssen sie, in vorgegebener strammer Haltung, beide Arme an den Seiten herunter — das Gesicht der Wand zugekehrt — neben der Eisenstür ihrer Zelle stehen und den Befehl der Aufseherin: „Abtreten!“ erwarten.

In abgemessener Distanz, im gleichen Takt, schreiten sie den langen Korridor entlang. An der offenen Tür der Werkmeisterin vorbei. Für Sekunden umschwebt ein locker, warmer Duft ihre Schläfen.

Hilde Bergedorf hemmt ihren Schritt. Der Blick ihrer erschauerten Augen befeht sich, bleibt mit ungläubigem Staunen auf dem Blütenzweig haften. Sie atmet den Duft in sich hinein — atmet mit zitternder Freude. Und — steht wie im Traum.

Die Werkmeisterin beobachtet ungeduldet die Wandlung dieser sonst so herb verschlossenen Seele.

Die Aufseherin ruft mit erhobener Stimme: „Abtreten!“

Vom Fenster aus belauscht die Werkmeisterin den Kreislauf der Frauen. Es scheint ihr, als wäre die Haltung der Bergedorf nicht mehr so hoffnungslos — als lösten sich ihre Schritte nicht mehr so schwer, so müde von den Steinen. Es scheint ihr, als zittere ein suchendes Fragen um den verbitterten, jungen Mund.

Und die Werkmeisterin nimmt den Zweig und trägt ihn in Hildes Zelle. Mit einem leisen, tief gültigen Lächeln legt sie ihn auf den schmalen Arbeitstisch. Nicht neben den Stützrahmen.

Bleibt — — —

Radt.

Der Mond spielt blau-silbernes Licht über die Zelle. Hilde Bergedorf hält den Zweig in gefalteten Händen.

Mit geschlossenen Augen atmet sie den Duft der weißen Blüten. Ihr innerer Blick schaut in ferne Weiten.

Vom Bergesenen lebt auf: Heimat — Garten der Kindheit — Jasmin.

Ritter!

Alles vergehende Liebe.

Erlösende Tränen betauen den Zweig — gefaltete Hände heben ihn zum Mund — zitternde Lippen küssen die weißen Blüten.

Eine arme Seele hebt die Flügel.

Eine Medaille zum 3. August. Zur Feier für die Kriegsoffer des deutschen Volkes, die am 3. August aus Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr des Eintritts Deutschlands in den Weltkrieg begangen worden soll, ist im Auftrage der Reichsregierung eine Erinnerungsmedaille ausgeführt worden. Ihr Entwurf stammt von dem Berliner Bildhauer Eberhard Ende, die Ausführung in Bronze hat die Bildgießerei Gladenbeck & Co. übernommen. Die Medaille drückt den Gedanken aus, daß der Opfertod Kräfte des Lebens in sich trägt. Dargestellt ist ein aufstrebender Körper, der sich über einem toten noch unten sinkenden zwischen Strahlen erhebt. Die Rückseite trägt auf einem dreieckigen Schilde die Inschrift: „Dem lebendigen Geist unserer Toten 1914/18.“

Zur Reform des Strafvollzuges. Ueber die erste Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Reform des Strafvollzuges, die am 18. und 19. Januar d. J. in Eisenach stattfand, berichtet in der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie“ ihr Sekretär Dr. Jirter. Der Strafvollzugspräsident Dr. Finkelsburg, Berlin hielt einen Vortrag über „Anregungen zur Strafvollzugsreform“. Zum Gegenstand seiner Ausführungen machte

er die Reichsgrundzüge für den Vollzug von Freiheitsstrafen vom Jahre 1923. Die Ausschaltung des Vergeltungsprinzips, die Herabsetzung des Erziehungsgedankens, die Anerkennung der Kollektivschuld und des Progressivsystems im Strafvollzug sind nach seiner Ansicht im großen und ganzen diejenigen Momente in den neuen Reichsgrundlagen, die gegenüber dem Früheren einen Fortschritt bedeuten. In der Aussprache waren alle Anwesenden darüber einig, daß der Besangene zur Selbstständigkeit erzogen, zum Kampf um das Dasein befähigt, festlich gefestigt, körperlich ertüchtigt und mit Berufskenntnissen ausgerüstet werden müsse. Dies alles lege aber das Progressivstrafsystem und die Anstellung besonders erzieherisch veranlagter und ausgebildeter Strafvollzugsbeamten voraus. Das zweite Referat behandelte das Problem der Uebergangsstationen für Strafgefängene. In ihnen sollen Gefangene aus der besten Führungsklasse unter freieren Bedingungen, selbst bei Beschäftigung außerhalb der Anstalt, sich allmählich an die ihrer harrende Freiheit gewöhnen. Die Tagung fand ihren Abschluß in der Auffstellung folgender Forderungen: Das Rechtsverhältnis der Gefangenen im Strafvollzug müsse gefestigt, das Progressivsystem allgemein durchgeführt und eine völlige Umstellung der Strafvollzugsbeamten verwirklicht werden. An der Tagung nahmen nur 24 Personen teil. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft zur Reform des Strafvollzuges ist wie im öffentlichen, so auch im Interesse der Gefangenen zu begründen und wird zweifelsohne auch auf das gesamte deutsche Gefängniswesen beschleunigend wirken.

Möwen mit Elmsfeuer. Vor einiger Zeit konnte man am Oeffener fliegenden Vögel Leuchterscheinungen wahrnehmen, die auf eine ganz eigenartige Entstehung zurückzuführen sind. Die Beobachtungen wurden von Prof. Kirchmann in Westerland auf Sylt, und zwar während eines Gewitters gemacht, das sich stundenlang immer wieder periodisch verstärkte und abschwächte. So oft eine neue Verstärkung einsetzte, begann eine Schar von Möwen ganz besonders erregt zu schreien, und da es mittlerweile dunkel geworden war, sah man, daß die Vögel auf Schwanz, Schnabel und Flügelspitzen kleine violette Flämmchen trugen. Das Leuchten dauerte jedesmal einige Minuten und war die Ursache des erregten Geföhrens der Vögel. Nach dieser Beobachtung stellt das Leuchten des Geföhrens jedenfalls eine Erscheinung dar, die etwa dem St. Elmsfeuer ähnlich ist. Während eines Gewitters kann man in der elektrischen Spannung der Luft jeweils große Unterschiede feststellen. Wenn die Vögel also z. B. im Flug aus einer Gegend, deren Atmosphäre stark elektrisch geladen war, in eine Luftschicht mit geringerer Ladung gelangten, so war die erste Folge, daß sich der Spannungsunterschied alsbald ausglich, und da die elektrische Entladung vor allem an den Körperenden stattfindet, so war das Ausströmen der Elektrizität in Form der kleinen Flämmchen denn auch am stärksten an den Federspitzen sichtbar. Andererseits wäre es allerdings auch möglich, daß die Flämmchen durch die in den Federn des fliegenden Vogels erzeugte Reibungselektrizität entstanden.

Das größte Kino Europas. Im Volkshaus der Stadt Petersburg soll im nächsten Jahre ein Kino eröffnet werden, welches das größte in Europa sein würde. Der Zuschauerraum im Volkshaus gilt als der zweitgrößte Saal dieser Art der Welt.

Was in dieser Dauer Sitzung des Thüringer Landtages beschlossen wurde, war einfach ungeheuerlich. Wirtschaftlich schwache Gemeinden, wurden ohne Gründe, und Gemeinden, zwischen denen räumliche und wirtschaftliche Zusammenhänge bestehen, trotz der Warnungen der Regierung und der Einwände der Sozialdemokratie ausgemeldet. An einigen Stellen rief das rigorose Vorgehen des Landtages den Widerspruch der Deutschnationalen und der Demokraten hervor. Die Ausgemeindung von Gemeinden, die Städten angegeschlossen waren, wurden mit geringer Mehrheit angenommen. Diese Beschlüsse, die eine Hemmung der Entwicklung der Städte bedeuten, wurden durch Psuirufe der Linksparteien gekennzeichnet. Es ist zu erwarten, daß der Landtag nunmehr heute seine Tagung beendet und erst wieder im September zusammentritt.

Republikanische Tage.

Erfreulicher Vormarsch in Westpreußen.

Vor einigen Tagen fand hier eine Gedächtnisfeier an die Abstimmung des westpreussischen Gebietes über seine Staatszugehörigkeit statt. Die Feier wurde unter freiem Himmel unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung abgehalten. Nur die Kommunisten hatten eine offizielle Beteiligung abgelehnt. Neben den Fahnen der bürgerlichen Vereine, besonders auch der schwarzweißen Monarchistenfahne, waren zum ersten Male in größerer Zahl auch die Flaggen der Republik zu sehen. „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ hatte seine Mitglieder in großer Zahl aufgebieten und auch die Gewerkschaften Marienwerders waren mit ihren Bannern vollzählig angetreten. Die Feier erlitt allerdings eine unliebsame Störung dadurch, daß der Kommandeur der anwesenden Reichswehrkompanie während der Festsrede plötzlich obmarschieren ließ. Anlaß dazu boten ihm einige Zwischenrufe, die der als Zuschauer anwesende Führer der hiesigen Kommunisten machte. Einmal hatte er gerufen „Brest-Litovsk“ und ein andermal „Internationales Großkapital“. Diese Zwischenrufe erschienen dem Führer der Reichswehr so staatsgefährlich, daß er mitten in der Feier seine Truppen abkommandierte, so daß man fast auf den Gedanken kommen konnte, der Kompanieführer hätte die Zwischenrufe nur als äußeren Anlaß benützt, um sich aus der Gesellschaft der Gewerkschaften mit einigem Grund entfernen zu können.

Bei einer Versammlung des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ am Nachmittag, in der Rechtsanwalt Bärensprung, Magdeburg über das stetig fortschreitende des republikanischen Gedankens sprach, bezeichnete der Vorsitzende die Zwischenrufe des Kommunisten als grobe Taktlosigkeit. In Zukunft müsse man dafür sorgen, daß die Kommunisten von diesen Kundgebungen ausgeschlossen würden, wenn sie nicht vorher zusicherten, daß solche Taktlosigkeiten unterbleiben.

Die Republikaner Westpreußens legen überhaupt großen Wert darauf, sich öffentlich zu zeigen. In dem kleinen Städtchen Riesenburg (5000 Einwohner) veranstalteten sie vor kurzem einen großen republikanischen Tag, der Tausende von Teilnehmern aus Ost- und Westpreußen zusammenführte. Anlaß dazu bot die Bannerweihe der Ortsgruppe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, bei der der frühere thüringische Minister Freiherr v. Brandenstein die Festsrede hielt. Aus Markenburg, Königsberg, Tilsit, Marienwerder, Deutsch-Eylau, Rastenburg und Elbing waren Delegationen des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ erschienen, um Fahnenzüge zu überbringen. An dem Umzug durch die Stadt waren etwa 3000 Personen beteiligt. Am Ehrenmal wurde ein Kranz niedergelegt, worauf der demokratische Landrat von Friedensburg aus Rosenburg eine Ansprache hielt. Ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten wurde unter stürmischem Beifall verlesen. Die aufs beste verlaufene Veranstaltung, bei der die republikanischen Fahnen in großer Zahl gezeigt wurden, war für das reaktionäre Westpreußen ein Ereignis. Das geht am besten aus der Haltung der reaktionären Ortspresse hervor, die mit sauerfüßiger Miene die unerwartet große Teilnahme feststellen mußte. Für die Republikaner aber war die Kundgebung ein neuer Beweis dafür, daß sie sich nur zu zeigen brauchen, um ihre Stärke zu erweisen.

Angestellte und Versicherung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 (RöBl. I, S. 1179) hatte die Reichsregierung dem Reichsarbeitsminister in einer Verordnung vom 13. Februar 1924 (RöBl. I, S. 62) im Artikel IV die Befugnis erteilt,

„die bevorstehende Wahl der Beisitzer in den Ausschüssen, Kammern und Senaten für Angestelltenversicherung dem Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt zu übertragen“.

Der Reichsarbeitsminister hat unter nachträglicher und deshalb mißbräuchlicher Anwendung der Ermächtigungsvorordnung am 28. Mai 1924 eine von den Bestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte abweichende Verordnung über die Wahl der Beisitzer in die Spruchbehörden der Angestelltenversicherung erlassen, indem er die Wahl der Beisitzer zu den Spruchbehörden dem Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung übertragen hat, während die nach dem Gesetz durch die Vertrauensmänner erfolgen muß. Diese Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 28. Mai 1924 (RöBl. I, S. 612) kann nicht als rechtsgültig angesehen werden.

Küher dieser zeitlichen Ueberschreitung des Ermächtigungsgesetzes ist zu beanstanden:

Die Vertrauensmänner, die nach der Anordnung des Reichsarbeitsministers jetzt den Verwaltungsrat neu wählen sollen, amtieren seit Anfang 1922, später, im November 1922, hat das Angestelltenversicherungsgesetz, soweit es sich um den Kreis der versicherungspflichtigen Personen handelt, eine grundsätzliche und erhebliche Erweiterung erfahren. Im Gegensatz zur früheren Fassung des Gesetzes sind durch die Novelle vom November 1922 viele Tausende von mechanisch tätigen Bureaukräften, von Gruppen der Werkmeister und der technischen Angestellten versicherungspflichtig geworden. Die lange Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Novelle gewählten Vertrauensmänner können deshalb heute unmöglich als Wahlkörper für die Verwaltung und die Rechtsprechung der Angestelltenversicherung anerkannt werden.

Um das Selbstverwaltungsrecht im Sinne der gesetzlichen Vorschriften durchzuführen, ist zunächst erforderlich, daß Neuwahlen der Vertrauensmänner vorgenommen werden, an denen alle heute versicherten Angestellten das Recht der Teilnahme haben müssen. Wenn aber die Wahl der Beisitzer zu den Spruchinstanzen durch den Verwaltungsrat gesehen soll, dann muß dieser aus Urwahlen der Versicherten hervorgehen.

Was genügt die Reichsregierung zu tun, um

1. eine gesetzlich einwandfreie Wahl der Beisitzer zu den rechtsprechenden Instanzen der Versicherung zu gewährleisten,

2. allen, auch den durch die Novelle vom 22. November 1922 neu in die Versicherung einbezogenen Angestellten, eine Mitwirkung bei den Wahlen zu allen Körperschaften der Angestelltenversicherung zu ermöglichen.

Die Stellvertreter.

Rings um Berlin, namentlich aber im Westen, gibt es eine große Anzahl von Villenkolonien mit hochgelegenen Villen und hochgelegenen Leuten, die in diesen Wochen all ihre Eleganz zu Hause im Stich gelassen haben und irgendwo in einem Badeort weilen. Zurückgeblieben sind als Hüter des Hauses und Stellvertreter der Herrschaft die Portiers, die Kutscher und Chauffeure. Wer die Verhältnisse in diesen hochherrschaflichen Häusern und Villen kennt, der weiß, daß alle diese Portiers hochkonservative Leute sind, wie die Herrschaften auch, mit Geld kann man sich alles beschaffen, auch deutschnationale oder deutschnationalistische Portiers, Kutscher und Chauffeure. Und bezahlt werden sie gut, diese Bedienten in den feinen Villen, und auch sonst fallen noch manche ledere Bissen vom Tisch der Herrschaft ab. Da geht bei diesen traurigen Kreaturen eigene Ueberzeugung zum Teufel, sie gehören zu der bedauernswerten Schicht von Arbeitern, die um Geld die eigenen Brüder verraten, die sich hochkonservativ gebärden und mit unsäglicher Verachtung auf die armen Arbeiter herabsehen, die mit ihrer Arbeitskraft nicht auch zugleich ihre Ueberzeugung an den Kapitalisten verkaufen haben.

Und nun kann man diese Leute als Stellvertreter der vertriehenen Herrschaften würdevoll und streng ihres Amtes walten sehen. Sie sitzen in den Gärten der Villen, wohnen sie sich nicht wagen, wenn die Herrschaft zu Hause ist, mustern kritisch die Vorübergehenden, und nichts kann sie mehr boglieden, als wenn ein Fremder sie für die Herrschaft ansieht und so anspricht. Ihre ganze Strenge und Unnahbarkeit aber beweisen sie gegenüber den Armen und Notleidenden. Wehe dem Bettler, der sich vor ihre Türen wagt und um ein wenig Essen barmt. Rücksichtslos läßt man die Hunde auf ihn los. Wehe dem Kind, das am Zaun vorüberstreicht und ein paar Blätter oder Blüten von den Sträuchern reißt, um ein wenig Frisches und Grünes in seine niedrige und dumpe Stube mit heinzubringen. Wenn sie aber gut gelaunt sind, die Herren Stellvertreter, machen sie auch ihre Wiße. Einen Hauptplatz bedeutet es für manche, arme, zerlumpte und barfüßige Proletariatskinder, die sich am Zaun die Nasen plattdrücken, um ein Stück der Herrlichkeit hinter dem Gitter mit den Händen zu erfassen, unersiehens von oben bis unten nachzuspüren, wenn die Herren Stellvertreter gerade dabei sind, den Gärten der hochherrschaflichen Villa zu sprengen.

Betrachtet man dieses Treiben, weiß man nicht recht, ob man in Jora geraten oder diese Uebermütigen bedauern soll, die ja letzten Endes auch nichts weiter sind als Opfer des alles verschlingenden Kapitalismus. Indessen, es gibt eine starke Organisation der Portiers, der natürlich die hier geschilderten Helden und Herren Stellvertreter nicht angehören. Die Organisierten aber sollten sich mal derartige „Kollegen“ vornehmen und ihnen zeigen, was sich gehört und wie sie sich zu benehmen haben.

Ein geheimnisvolles Paket.

Der Kutscher, der es verlor, wird gesucht.

Ein schauriger Fund beschäftigt seit einigen Tagen die Kriminalpolizei. Am 4. Juli, abends gegen 9 1/2 Uhr, fand man an der Ecke der Diefenbach- und Grimmstraße, im Süden der Stadt, ein großes Paket, dessen Hülle aus einem weißen Bettlaken bestand. Es enthielt ein Oberbett, ein Unterbett, zwei Kopfkissen, ein Damennachthemd und eine wollene Decke mit blauen Streifen. Niedergelegt war es ohne Zweifel von einem Kutscher, der kurz vor dem Auffinden an einem Brunnen an jener Ecke seine Pferde getränkt hatte. Die Sachen waren alle, besonders aber die Bettlaken von Blut ganz durchtränkt. Professor Dr. Brüning vom Polizeipräsidium hat nun einmündig festgestellt, daß es sich um Menschenblut handelt. Kleine Fleischstücke, die sich an den Sachen befanden, erkannte er bestimmt als Menschenfleisch. Es steht außer Zweifel, daß in dem Bettzeug ein Mensch verblutet und gestorben ist. Das Blut mag wohl mehreren Verletzungen entsprossen sein. Die Menge ist so groß, daß ihr Verlust unbedingt den Tod des Menschen zur Folge haben mußte. Zur Aufklärung ist es in erster Linie erforderlich, den Kutscher zu ermitteln. Sein Wagen war mit zwei dunklen Pferden bespannt. Es handelt sich um einen Wagen mit Verdeck und fester Rückwand, der rundherum offen war. Die Rückwand bestand in ihrer oberen Hälfte aus ungestrichenen schon etwas verwitterten Brettern mit kleinen Ritzen. Die obere Hälfte war dunkelrot gestrichen und trug eine Firmenaufschrift in hellen Buchstaben. Wer dieses Gespann weiter beobachtet, insbesondere wer gesehen hat, wo es am 4. Juli, abends 9 1/2 Uhr, ausgepannt und untergestellt worden ist, wird ersucht, sich unverzüglich bei Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeidienstgebäude Rogozinstr. 3-5, Zimmer 55, zu melden.

Warum noch immer Beherbergungssteuer?

Zu dem gerade in der Reisezeit aktuellen Thema der Beherbergungssteuer erhalten wir folgende Zuschrift, die die Frage in neuer Beleuchtung zeigt:

Zweitausend Bädermeister aus allen Gauen Deutschlands wollen sich einmal persönlich davon überzeugen, wie es in diesem kühnen Berlin eigentlich ausliegt. Und sie scheinen gründlich Vorstudien gemacht zu haben, denn mit aller Energie rufen sie schon aus der Ferne der Beherbergungssteuer zu Leibe. Wären das etwas weniger beliebte Herren, dann wäre es wohl kaum hierzu gekommen, denn dann hätte man nur etwas näher zusammenrücken brauchen und die Quartiersfrage wäre mühelos und billig gelöst gewesen. Heil uns, daß dem nicht so war und ist! Denn wozu wider die Beherbergungssteuer kämpft, verdient Anerkennung und Mithilfe — nur eben nicht gerade dann, wenn es sich um den Ausnahmefall eines Vergnügungsbefuchtes handelt.

Viele Hunderttausende sind es, die schon von den üblen Wirkungen der Steuer getroffen wurden, und die Leute, denen es heute noch passiert, gehören nicht zu denen, die sich irgendeinmal eine Reise leisten können. Es sind recht arme Proletarier, die am meisten unter einer Einrichtung zu leiden haben, die weniger Zuzuschuß als gerade das eigentliche Herbergszwecken berührt (daher auch der Name). Wie viele Menschen kommen hierher, um Arbeit zu suchen, wobei Arbeit manchmal wohl vorhanden und rascher als ein Dauerzimmer gefunden wird. Es kommen Leute aus Krankenhäusern (auch aus Gefängnissen, und letztere sind nicht wenig), die es schwer haben, rasch bei einer Wirtin unterzukommen. Wieder andere sind durch lange Arbeitslosigkeit ihrer Sachen verlustig gegangen, und selbst, wenn sie auf einmal zahlen könnten, nimmt man sie nicht so leicht privat auf. Daß in Berlin eine ganz erschreckend große Zahl von Menschen ohne festen Wohnsitz ist, ist eine Tatsache, die im Polizeipräsidium sehr wohl bekannt ist. (Wobei man dort auch sehr wohl weiß, daß es sich dabei nur zu einem geringen Prozentsatz um Leute handelt, die ein Interesse daran besitzen, keine feste Wohnung zu haben.) Es genügt für heute, folgendes festzustellen: All die Wohnungslosen sind auf die Gasthöfe angewiesen. Dort für den Tag einen Preis von 3 M. zahlen zu müssen, bedeutet schon die Grenze des Niedrigst-Erwerbaren. Rest wird viel mehr verlangt und eine Ermäßigung bei wöchentlichem Aufenthalt gibt es nicht mehr — eben dank der Beherbergungssteuer. Es wäre sehr lobenswert, einmal all die zahllosen Hotels um die Bahnhofe herum kontrollieren zu können (ähnlich wie es die Fremdenpolizei macht, nur in anderem Geiste). Man würde übersehen sein zu erkennen, unter welcher schweren Verhältnissen hier das Proletariat zu leben gezwungen ist. Und nichts liegt näher als die weitere Erkenntnis, daß die heutigen Preisverhältnisse in den Gasthöfen, hervorgerufen durch die Beherbergungssteuer, die Obdachlosigkeit mit all ihren schlimmen und schlimmsten Begleiterscheinungen begünstigen, ja förmlich dazu zwingen. Darum Kampf gegen die Beherbergungs-

steuer — aber vor allem da, wo wirkliche Volksinteressen in Betracht kommen! Daß dies der Fall ist, daß ganz diese soziale Missetat nach schmerzlicher Abhilfe verlangt, davon dürfen diese wenigen Zeilen schon genügend überzeugen.

Wenn Feueralarm ertönt.

Bereits vor einigen Wochen haben wir in einem besondern Beitrag die Tätigkeit der Berliner Feuerwehr und die ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel bei Bränden, Unfällen usw. geschildert. Gekürzt sind nun in der Hauptfeuerwehrmacht in der Lindenstraße eine offizielle Beschreibung der Hilfsmittel der Feuerwehr statt, zu der die Vertreter der Berliner Presse erschienen waren.

In einem einleitenden Vortrag erläuterte Baurat Hammer zunächst das Meldewesen und erklärte, daß jeder Löschzug in Berlin zurzeit aus vier Fahrzeugen besteht, der Gaspritze, dem Geräterwagen, der mechanischen Leiter und der Dampf- oder Motorpritze. Die Gaspritze führt 300 bis 400 Liter Wasser in Behältern mit sich, kann also selbständig den Kampf gegen das Feuer so lange aufnehmen, bis Anschlüsse an Hydranten oder Brunnen hergestellt sind. Bei der Rettung von Kleinfahrzeugen rückt ein Zug, bei Mittelfeuer vier Züge aus. Bei Bränden in Warenhäusern wird sofort Mittelfeuer gemeldet. Infolge des Beamtenabbaus sind die Züge anstatt der bisherigen 20 Mann nur mit 16 Mann besetzt, was u. a. zur Folge hat, daß eine ordnungsgemäße Bedienung des Sprungtuchs bei Ausrücken eines Zuges ausgeschlossen ist, da hierzu 20 Mann gehören. Seit 1914 hat die Feuerwehr überhaupt keine Rekruten mehr eingestellt und die Abgänge durch Tod und Pensionierung nicht mehr ersetzt. Die Groß-Berliner Berufswehr umfaßt zurzeit 25 Züge. Dem Vortrag folgte die Vorführung der einzelnen Wagentypen. Zunächst sah man das erste Angriffsfahrzeug, die Gaspritze, in voller Tätigkeit. Trotz der unzureichenden Besetzung von nur 4 Mann dauerte es kaum 100 Sek. um den, die die Spritze nach Anlauf auf der fingenierten Brandstätte Wasser getrunken konnte. Bei dieser Gelegenheit wurde erläutert, daß gegen das Innere brennender Gebäude nur mit sogenannten C-Schläuchen vorgegangen wird. Die A- und B-Schläuche würden hier zu starken Wasserstrahlen anrichten. Es folgte der Geräterwagen mit Verbandstufen, Arbeitsgerät aller Art, Werkzeugen, Wiederbelebungsmitteln, Fangseilen, Starkstromwerkzeugen, Fackeln aller Art, Sprungluchern usw. Die mechanische Leiter wurde auf zwei Wagen vorgeführt, ebenso die Dampf- und Motorpritze. Wenn auch die Dampfpritze durch ihre unständliche Inbetriebnahme auf den ersten Blick als die unpraktischere erscheint, hat sie doch den Vorteil größerer Saugfähigkeit für sich. Größeres Interesse erregten auch die Vorführungen eines Feuerwehrmannes im Feuertauhaarzug, der inmitten eines von seinem Helm ausgehenden Wasserstrahlers in ein brennendes Gebäude eindringen kann. Den Beschluß machte die Darstellung der Feuerwehrtätigkeit bei Wassergefahr.

Der Rahardt-Prozess.

Heute begannen in dem Prozeß gegen den früheren Ehrenobermeister und Präsidenten der Handwerkerkammer, Karl Rahardt, die Plädoyers der Verteidiger. R. A. Dr. Rötter betonte einleitend, daß es nicht Aufgabe des Verteidigers sei, einfach alle Schuld der Angeklagten in Abrede zu stellen. Vielmehr müsse der Verteidiger bestrebt sein, auch das anzuerkennen, was tatsächlich durch die Beweisaufnahme zuungunsten der Angeklagten sich ergeben habe. Der Beitrag werde von der Anklage darin erblickt, daß Karl und Erich Rahardt den Verwertungsgesellschaften und der Danziger Werft vorgeliegt hätten, daß das Handwerk der Räder sei, während es in Wirklichkeit der Konzern war, der hinter Erich R. stand. In rechtlicher Beziehung lasse sich diese Betrugsanklage nicht halten. Bei Abschluß der Verträge war Erich R. von seinem Vater als Bevollmächtigter für die Vertretung der Hauptstelle bei dem Danziger Geschäft genannt worden. Der Verteidiger suchte dann in längeren Darlegungen alle Widerlegungsgründe für die Angeklagten, insbesondere für Karl Rahardt, herbeizuführen. Nach dem ersten Verteidiger sprach für die übrigen Angeklagten R. A. Ravensberg. Das Urteil wird am Montag oder Dienstag gefällt werden.

Ueberfall eines weiblichen Straßendiebes auf einen Mann.

Heute früh gegen 4 Uhr überfiel die 24 Jahre alte wohnungslose Frieda Borngräber aus Küstrin an der Ecke der Teitomer- und Großenboerenstraße einen gewissen Otto Dubrow, der sich auf dem Wege nach seiner Wohnung am Tempelhofer Ufer befand. Sie schlug mit einem 500 Gramm schweren Hammer auf ihn ein und versuchte dem Ueberfallenen, als er taumelte, die Aktentasche zu entreißen. Der Ueberfallene erholte sich aber in diesem Augenblick und hielt die Tasche fest, so daß die Täterin, die die Flucht ergriff, von mehreren Passanten ergriffen werden konnte. Sie wurde dem 102. Polizeirevier und später der Kriminalpolizei übergeben.

Freibäder an der Oberspree.

Während die Freibäder Grünau und Müggelsee an heißen Tagen überfüllt sind, bieten die weniger bekannten städtischen Badeanstalten an der Oberspree bei gleichem Eintrittsgeld immer noch reichlich Platz und sind abendsreim bequem zu erreichen. Freibad Adlershof neben dem Restaurant Reptunshain ist etwa 5 Minuten von der Haltestelle Oberpreß der Spindlersfelder Bahn entfernt. Freibad Oberhöfische Weide ist von Berlin für 15 Pf. mit der Straßenbahnlinie 87 zu erreichen, die fast vor der Tür hält. Von der Bahnstation Sadoma sind 15 Minuten Weg quer durch den schönen Wald. Beide Freibäder haben ordnungsgemäßen Rettungsdienst und deshalb in den Jahren ihres Bestehens noch keinen ernsthaften Unfall zu verzeichnen gehabt. Die in letzter Zeit von der Oberspree gemeldeten Unfälle haben sich sämtlich beim Baden außerhalb der Anstalten zugezogen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postanlage bei.

400 000 Goldmark bei einer Großbank veruntreut. Wie ein Berliner Mittagsblatt wissen will, sind bei der Darmstädter Nationalbank in Berlin Unterschlagungen aufgedeckt worden, die eine Höhe von 400 000 Goldmark erreicht haben sollen. Die Verwaltung hat erklärt, daß die Summe nicht so groß ist und daß die schuldigen Beamten bereits entlassen worden sind.

Schweres Eisenbahnunglück bei Mailand.

Der Mailand-Rovarra Expresszug hat in der Nähe der Station Riscaldina und Soranno einen schweren Unfall erlitten. Der Zug, der mit 50 Kilometer Geschwindigkeit fuhr, entgleiste, und die Wagen kippten um. Die Lokomotive, der Gepäckwagen und zwei Personenwagen wurden stark beschädigt. Drei Personen, darunter der Lokomotivführer, wurden getötet, 30 Personen verletzt.

Sport.

Die Homecalmer-Rennen im Schweizergarten Friedrichshagen (Am Königsplatz) brachten im Eröffnungsrennen über 2 Kilometer den Sieg Steibens vor Gubler (Schweiz) und Roubours (Frankreich). Den zweiten Lauf um den Großen Preis vom Friedrichshagen holte sich Techemer. Simeberg und Abram folgten. Im Vorgaberennen über 1 Kilometer war es Bonhours, der 100 Meter Vorsprung hatte, verlor, als erster durchs Ziel zu fahren. Fünften im 10 Kilometer-Prämienrennen trugen Gubler und Abram beim, während das Rennen selbst von Weber gewonnen wurde. Am Schlußrennen, im 5 Kilometer-Rennen, gewann nach Art der Schlußrennen, regte die Mannschiff Pawle-Abraham vor Steibens-Gubler und Weber-Dingelberg.

Gewerkschaftsbewegung

Der Achtstundentag in England.

Die englische Gewerkschaftszentrale hat durch Rundfrage bei den angeschlossenen Organisationen festgestellt, in wie weit der Achtstundentag in England bereits durchgeführt ist. Von 133 Gewerkschaften mit 4 688 609 Mitgliedern sind Antworten eingelaufen. Danach ist die Lage folgendermaßen: 40-Stunden-Woche 24 300 Mitglieder, 42-Stunden-Woche 800 000 Mitglieder, 44-Stunden-Woche 305 687 Mitglieder, 46-Stunden-Woche 8 500 Mitglieder, 46 1/2-Stunden-Woche 11 590 Mitglieder, 47-Stunden-Woche 954 224 Mitglieder, und 48-Stunden-Woche 1 409 613 Mitglieder.

Es arbeiten also 3 524 714 Gewerkschaftsmitglieder 48 Stunden und weniger, das heißt Dreiviertel der Befugten. Bemerkenswert ist der große Prozentsatz, der nur 42 Stunden pro Woche arbeitet.

In England gibt es aber bislang noch kein allgemeines Gesetz über den Achtstundentag. In Deutschland dagegen, wo der Achtstundentag durch die bekannte Verordnung des Reichsarbeitsministers „gesetzlich festgelegt“ ist, arbeiten nach der Erhebung des I. D. B. mehr als die Hälfte der Arbeiter länger als 48 Stunden die Woche.

Es zieht nichts mehr.

Mit der kommunistischen Agitation will es nicht mehr klappen. Die Parteiverfassungen sind schlecht besucht und in den Versammlungen der kommunistischen Gewerkschaften sieht es geradezu miserabel aus. Der neue Zulauf fehlt und was aus den freien Gewerkschaften hinausgetrieben werden konnte, ist erschöpft. Was die Kommunisten von den hinausgetriebenen aufbringen konnten, war nicht viel und auch bei diesen ist die Mitgliedschaft zu den freien Gewerkschaften doch nicht so ganz nutzlos gewesen. Die Leute haben sachliche und praktische Arbeit gesehen und wenn sie jetzt in den kommunistischen Gewerkschaften deren völlige Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht gewahrt werden und noch dazu in jeder Versammlung nichts anderes als die bekannten Walzen von der Reichstagswahl und „von der aufgebenden Sonne der Weltrevolution“ hören, werden sie den Kram bald satt.

Weil die eigenen Läden nicht florieren und zuviel kosten, sollen sie nach dem Beschlusse von Rostau zugemacht und mit der Zellenbauerei in den freien Gewerkschaften wieder begonnen werden. Auf diese Art glaubt man an die arbeitenden Massen, von denen man sich durch die Zerspaltung selbst abtrennte, wieder heranzukommen zu können. Solange das noch nicht der Fall ist, verlegt man sich auf die Gewinnung der Erwerbslosen und der Rentempfinger.

Am den Rentempfinger der Eisenbahn zu helfen, hatte auf Anordnung der R. D. der kommunistische Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Berlin die Invaliden zu einer Versammlung nach dem Lehrervereinshaus eingeladen. Erst am Saaleingang sahen die Invaliden, daß es sich um eine Versammlung des kommunistischen Eisenbahnerverbandes handelte. Weil sie das vorher nicht wußten und weil die Rot unter ihnen groß ist, waren sie zahlreich erschienen. Sie sind über die kommunistische „Hilfe“ aufgeklärt und kurieren worden.

Der „Referent“, ein Mitglied des Bezirksbetriebsrats, hatte weder von den Rentengesetzen noch von den Pensionstafelstatuten die geringste Ahnung und war deshalb schon in 5 Minuten mit seinem „Vortrag“ zu Ende. Die Invaliden und die anwesenden Vertreter der nicht kommunistischen Gewerkschaften mußten, um die Versammlung für die Invaliden nicht nutzlos werden zu lassen, gründlich

nachhelfen und den ratlosen Kommunisten geeignete Vorschläge unterbreiten.

Nachher aber kam der Pferdefuß heraus. Es wurde über die nicht vertretenen politischen Parteien hergezogen — mit dem I. D. B. anzubinden getraute man sich nach den Ausführungen dessen Vertreters nicht — und dann der eigens bestellte kommunistische Landtagsabgeordnete Carpentier mit einer parteipolitischen Rede auf die alten Leute losgelassen. Ruhig und vernünftig, wie alte Leute sind, hörten sich diese die von den Wahlen her bekannte längere Zeit an, dann wurde es ihnen aber doch zuviel. Sie unterbrachen und der Redner mußte sofort Schluss machen. Der Fischfang unter den Eisenbahninvaliden war mißglückt. Daran hatte der Herr Landtagsabgeordnete kein geringes Verdienst infolge seiner Erklärung, er wisse nicht, wie den Invaliden anders als durch die kommunistischen Rezepte (Umpfropfung des Staates und Anschluß an die R. D.) geholfen werden könne. Die Invaliden aber wollten, daß man ihnen bald hilft. Hierbei ist ihnen die wirksamste Unterstützung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Sozialdemokratischen Partei sicher.

Gehaltsregelung in der Metallindustrie.

In einer sehr gut besuchten Versammlung nahmen die I. D. B. Funktionäre der Metallindustrie Stellung zu dem Verhandlungsergebnis mit dem I. D. B. zur Regelung der Juligehälter. Das I. D. B. Metallkartell forderte eine 10prozentige Gehaltserhöhung und die Riedererschlagung der 25 Proz., die am 22. jedes Monats als Voranschlag gezahlt werden. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie auf Grund der schwierigen Geldbeschaffung und der wirtschaftlichen Not der Betriebe einer Gehaltserhöhung nicht zustimmen können. Sie erkannten aber an, daß die Forderungen der Angestellten durchaus sachlich begründet sind. Nach längerer Verhandlung wurde u. a. v. e. r. b. i. n. d. i. c. h. folgendes vereinbart:

Die Tarifkommissionen der Arbeitgeber empfiehlt dem Arbeitgeberkollegium, die 25 Proz. am 22. dieses Monats zu zahlen und dann am 1. August das volle Gehalt.

Dagegen verpflichten sich die Angestelltenorganisationen, die Gehaltsforderungen für Juli und August fallen zu lassen. Die geforderte Erhöhung der Gehälter der unteren Gehaltsgruppen erklärte der I. D. B. für unannehmbar. Originell ist, daß der I. D. B. mit seinem „Schiedspruch“ in der Tasche an den Verhandlungen teilnahm. Er erklärte als erster, daß er bereit wäre, die Forderung für Juli und August fallen zu lassen, wenn der Arbeitgeberverband die 25 Proz. einmalig bezahlte.

In der Versammlung wurde den Funktionären erneut nahegelegt, durch Veranstaltung von Betriebsversammlungen für gewerkschaftliche Aufklärung zu sorgen, um den Organisationsgedanken überall durchzusetzen. Man rechnet damit, daß der Tarifvertrag zum Herbst gelündigt wird. Von den Angestellten hängt es also ab, mit welchem Nachdruck der I. D. B. ihre neuen Forderungen vertreten kann. Einstimmig erhielt die Kommission die Ermächtigung, die von ihr vorgeschlagene Regelung abzuschließen. Die Verhandlungen werden am Montagmittag fortgeführt.

Lohnbewegung in der Musikinstrumentenindustrie.

In einer Funktionäerversammlung der Musikinstrumentenbranche erstattete Branchensekretär Wagenführ Bericht über die Lohnverhandlungen. Das Lohnabkommen ist Anfang dieses Monats von den Unternehmern getündigt worden. In dem Kündigungsschreiben teilten sie mit, daß es ihnen infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression nicht mehr möglich sei, den Tariflohn von 81 Pf. für die Stunde zahlen zu können. Sollten die Arbeiter in der kommenden Zeit weiter zu tariflich festgelegten Löhnen arbeiten wollen, könnten sie, die Unternehmer, nur noch 68 Pf. Lohn zahlen. Die Branchenleitung hat dieses Schreiben damit beantwortet, daß sie verlangte, den Lohn nicht abzubauen, sondern auf 90 Pf. zu erhöhen. Am 10. Juli fanden die ersten Verhandlungen statt. Die Unternehmer machten hier geltend, daß sie, wollten sie konkurrenzfähig bleiben, die

Löhne abbauen müßten. Zudem seien die Preise vieler Bedarfsartikel so stark gestiegen, daß die Arbeiter einen Abzug ohne Schaden tragen könnten. Die direkten Verhandlungen und auch der Termin des Schiedsgerichtes, der zur Entscheidung angerufen wurde, verliefen resultatlos. Das einzige Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Unternehmer einwilligten, den Streit vor ein Schiedsgericht mit unparteiischen Vorsitzenden zu bringen. Wie der Richterstatist am Schluß seiner Ausführungen mitteilte, finden die Verhandlungen am kommenden Dienstag statt.

Nach längerer Aussprache nahm die Versammlung den Bericht zur Kenntnis. Ehe weitere Schritte unternommen werden, soll erst das Ergebnis dieses Schiedsgerichts abgewartet werden.

Erfolgreicher Streik.

Die im Leitergerüstbauergewerbe Groß-Berlin beschäftigten Arbeitnehmer befanden sich seit dem 12. Juli im Streik, um die verweigerte Erhöhung der Stundenlöhne durchzusetzen. Am 16. Juli fanden Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, die zu einer Verständigung führten. In einer gut besuchten Versammlung berichtete S. D. W. über das Ergebnis der Verhandlungen. Daraus war zu entnehmen, daß die Verhandlungen sich schwierig gestalteten, weil die Arbeitgeber eingangs darauf bestanden, daß bis Freitag früh in den Betrieben die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen aufzunehmen sei. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wären sie bereit, in sofortige Lohnverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer lehnte dieses Anerbieten ganz entschieden ab. Nach längeren Verhandlungen kam es zu folgender Verständigung:

Vom 18. Juli 1924 beträgt der Stundenlohn für Vollere 1,05 M., für Leitergerüstbauer 95 Pf., für Plagarbeiter 81 Pf. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am selben Tage früh. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.

Die Lohnverhandlungskommission sowie die Vertrauensleute empfahlen die Annahme dieses Ergebnisses, dem auch die Versammelten gegen eine starke Widerheit zustimmten. Damit ist der Streik im Leitergerüstbauergewerbe beigelegt. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte heute früh.

Kommunistische Zerstörungsbauerei in Ostpreußen.

Die Kommunisten, die sich durch ihre Feigheit und Hanswurstigkeit schon während des letzten ostpreussischen Landarbeiterstreiks erbärmlich blamiert haben, sind im Begriff, sich weiter lächerlich zu machen. Ihre Absicht ist jetzt, wie wir dem Pressebüro des Deutschen Landarbeiterverbandes entnehmen, in D. S. P. r. u. e. n. ihre in anderen Teilen des Reiches bereits wieder zusammengefallene Landarbeiterorganisation, den kommunistischen „Land- und Waldarbeiterverband“, aufzuziehen. Hierzu sollen mit großem Lärm vorbereitete Kreiskonferenzen dienen. Stattgefunden haben solchen Konferenzen bis jetzt in den Kreisen Riederung, Labiau, Königsberg, Fischhausen, Wehlau, Insterburg, Gumbinnen und Böden. Soweit Feststellungen möglich waren, lassen sie erkennen, daß die Geschichte in allen Fällen glatt ins Wasser gefallen ist. Ein Beweis hierfür sind die Konferenzen in Labiau und Insterburg. Konnten in Labiau noch 14 Landarbeiter gezählt werden, fanden sich in Insterburg ganze acht zusammen. Ausgefüllt wurden die Konferenzen mit einem fürchterlichen Geschimpfe über den „schlappen“ Verbandsvorstand und die „feigen“ Gau- und Kreisleiter. Von weitsichtiger und verantwortungsvoller Landarbeiterpolitik war auch nicht die geringste Spur zu entdecken. Dafür wurden aber ellenlange Resolutionsentwürfe angenommen, die den geschmähten Verbandskörperlichkeiten mit dem Ersuchen übermittelt wurden, die hierin enthaltenen Forderungen zu verwirklichen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schifkowski; Kubalet und Contingent: Walter Krizan; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch & Co., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 6, Lindenstraße 3.

Wir bringen ab Sonnabend, den 19. Juli

3 Waggon Porzellan u. Steingut

mit kleinen Fehlern

zu enorm billigen Preisen.

Bitte beachten Sie unsere Schaufenster

Der Verkauf findet im Lichtloft statt.

Mengenabgabe vorbehalten.

Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

Jeder Käufer erhält bei einem Einkauf von 10 M. an auf alle Artikel als Geschenk ein Depro-Patent.

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55.

Nach längerem Weiben ist am Montag, den 14. Juli, unser langjähriger toller Mitarbeiter, der Glasarbeiter Bruno Dobberphul

gestorben. Sein kollegiales Verhalten steht ihm bei uns ein dauerndes Vorbild. Die Einäscherung hat bereits stattgefunden. Das Personal der Vorwärts-Druckerei.

Strumpfwaren u. Trikotagen
L. Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen, kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 220 a. d. Weichselstraße.
Vorzeiger dieser Inserats 5% Rabatt.

Saison-Ausverkauf vom 1. - 18. Juli
Mousselin Mtr. 75 Pf.
Voll-Volle Mtr. von 1.50 an
Frotté hübsche Muster Mtr. 1.95
Zephir u. Pereal Mtr. 1.20, 1.00
Remdentuch 80 cm br. Mtr. 65 Pf.
Renforcee 80 cm breit Mtr. 80 Pf.
Macco 80 cm breit Mtr. 1.00
Louisiana 80 cm breit Mtr. 1.00
Blusen, Röcke, Strümpfe, Wäsche, Trikotagen etc.
zu ganz bedeut. herabgesetzten Preisen
Ella Dehmel, Neukölln
Niemetzstraße 9, Nähe Richardplatz

Altes Spezialgeschäft in
Anneihant-Schiff-Relie-Decken
Zitofagen Strümpfen
Fries zu billigen Tagespreisen
Gebirgs-Pflaume
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
Eds. Stimmerich.

Volkskleidung!
Kosen
für Sport, Beruf und Straße.
Wandhalter-Knäpfe,
Loden- und Gummihäkel,
Knäpfe für Herren u. Knaben,
Femden & Gassen u. Haierhosen.
Herren, schöne Ware, billige Preise.
Berufskleidung!
Gerhard Köhnen
Neukölln
Hermannstr. 75-77.

Gardinen
Sonderangebote u. Gelogenh.-Kärte
in Ranton
Stores, Soliddecken
Madras- und Kissen Gardinen.
Spezial-Gardinenverleiher
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.
HOLZHAUSER
von 500 Mk. an
Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Uffmann
H 54, Lohndammstraße 51/53
Berlin 6220/21

Bad Landeck
In Schlesien
das Radiumbad des Ostens
Warme Schwefelquellen mit höchster Radioaktivität
Radium-Quell-Eisanaatorium, Moorbäder; hydro- und Elektrotherapie; medico-mechanisches Institut; Terrain- und klimatischer Kurort. Beliebte Sommerfrische. 38 km gut gepflasterte Parkwege im Hochwald. Bevorzugter Wintersportplatz. Anschluß an deutschen Rundfunk.
Vorzüglich erlöste bei Gicht, Rheumatismus, Frauen- u. Kinderleiden, Unfallsfolgen, Herz- u. Gefäßkrankheiten, Schwächezuständen all. Art.
Ankünfte und Prospektversand durch städt. Badeverwaltung und Kurverein.
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN billig!
des „Vorwärts“ und